

2. Bürgerblock versus »Rotes Wien«

2.1. Bürgerliche Wege aus der Wirtschaftskrise

Zu Beginn der 20er Jahre war die Lage der jungen Republik, die sich nach dem Diktat des Friedensvertrages von St. Germain nunmehr »Österreich« nennen musste, da der von der Mehrheit der politischen Repräsentanten gewünschte »Anschluss« an Deutschland verboten worden war, mehr als trostlos. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln war ebenso wenig gesichert wie die Rohstofflieferungen für die Industrie. Die Finanzen des Staates erwiesen sich infolge des Weltkriegs und dessen Finanzierung als vollkommen zerrüttet, das Land schien in der Tat nicht überlebensfähig. Der industrielle Sektor hatte mit der Auflösung der Donaumonarchie das Gros seiner Absatzmärkte verloren, und die Getreideproduzenten Ungarns belieferten nunmehr den eigenen Markt, wie auch die böhmischen Kohleproduzenten ihre Produkte nicht mehr nach Österreich lieferten. Hinzu kam ein unüberschaubares Heer an Staatsbeamten, dimensioniert für ein Reich von 50 Millionen Menschen, die nun, im neuen Staat, keine Aufgabe mehr hatten. Um die finanziellen Mindestanforderungen erfüllen zu können, warf die Regierung die Notenpresse an, was alsbald zu einer veritablen Inflation führte, die spätestens ab 1922 die gesamte österreichische Wirtschaft lähmte. Dem neuen Bundeskanzler Ignaz Seipel, ein hoher geistlicher Würdenträger, blieb nichts anderes übrig, als bei den Siegermächten um Anleihen betteln zu gehen. Diese bekam er unter erniedrigenden Bedingungen bewilligt. Ähnlich wie 90 Jahre später Griechenland musste sich Österreich unter Kuratel stellen lassen. Ein von den Alliierten gestellter Generalkommissär übernahm die Kontrolle über Österreichs Finanzen, die Republik verlor jedwede ökonomische Souveränität und hatte ein umfangreiches »Sparpaket« umzusetzen.

So wurden nicht nur Pensionen und Sozialleistungen gekürzt, gegen die geltende Rechtslage entließ man auch über 80.000 Beamte, die quasi über Nacht ins persönliche Elend gebracht wurden. Gleichsam naturgemäß wurden die so gedemütigten Menschen alsbald ins Lager der aufstrebenden Nazis getrieben, die ihnen Rache und Wiedergutmachung versprachen.

Die oppositionellen Sozialdemokraten versagten sich dieser »Sanierung« und wiesen zu Recht darauf hin, dass niemals zuvor in der Geschichte ein souveräner Staat finanziell so geknechtet worden sei. In der Tat setzten die Alliierten allein auf eine Sanierung des Budgets – wozu eine eigene Währung, der »Schilling«, geschaffen wurde, welcher die »Krone« ablöste – und auf eine Bedienung des Schuldendienstes. Dass bei diesem Kurs massenhaft Betriebe bankrottgingen und die Arbeitslosenzahlen in nie gekannte Höhen wuchsen, war zweitrangig. Gerade diese bewusst in Kauf genommene Verelendung breiter Bevölkerungsschichten sollte sich, noch verschärft durch die Weltwirtschaftskrise fünf Jahre später, bitter rächen.

2.2. Das »Rote Wien«

Aus der Bundesregierung hatten die Sozialdemokraten 1920 ausscheiden müssen. Doch die neue Verfassung machte aus der Bundeshauptstadt Wien ein eigenes Bundesland. In diesem wollten die Sozialdemokraten nun demonstrieren, wie sie sich eine Politik für das Volk vorstellten. Unter dem neu gewählten Bürgermeister Jakob Reumann begann die Sozialdemokratie daher ein bemerkenswertes Reformprojekt, das bald unter dem Namen »Rotes Wien« bekannt wurde.

Zunächst kommunalisierte Reumann den öffentlichen Verkehr und die E-Werke, um diese wichtigen Grundlagen des täglichen Lebens der Gewinnsucht der Privatwirtschaft zu entziehen. Sodann legte man ein neues Steuerkonzept vor, das

folgende Punkte vorsah: die kapitalkräftigen Bevölkerungsschichten sollten viel stärker als bisher besteuert werden, während man gleichzeitig die Massensteuern zurückfuhr. Zentrales Moment wurde die Luxussteuer. Wer so reich war, dass er sich Hausangestellte leisten konnte, der musste für diesen Luxus ebenso Steuern zahlen, wie jene, die etwa Reitställe oder – damals eine absolute Seltenheit – eigene Automobile besaßen. Ebenso wurden klassische Luxusgüter wie Champagner oder Kaviar hoch besteuert, desgleichen die Etablissements der Halbwelt, Nachtbars, Spielhöhlen und Casinos. Auch wer über nennenswerten Grund und Boden verfügte, wurde zur Kasse gebeten. Wer Wohnungen leer stehen oder Boden brach liegen ließ, der musste zusätzlich in die Tasche greifen. Mit den so lukrierten Mitteln konnten bis 1934 knapp 64.000 Wohnungen errichtet werden. Dabei ging es vor allem darum, mit dem Wohnbau früherer Jahrzehnte radikal zu brechen. Nicht länger war es das Ziel, so viele Menschen wie nur irgend möglich in eine Zinskaserne zu stopfen, sondern es ging darum, den Arbeitern ein »schöneres Wohnen« zu ermöglichen. Alle Wohnungen waren daher mit fließend Wasser ausgestattet, sodass die berühmte Bassena (der einzige Wasseranschluss befand sich am Gang, von wo aus das Wasser in die Wohnung getragen werden musste) der Vergangenheit angehörte, was auch für die im Wienerischen »indische Klo« (weil »jenseits des Ganges«) geheißenen Toiletten galt, die gleichfalls in die Wohnung integriert wurden. Weiters wies jede Wohnung eine eigene Küche, eine Waschgelegenheit und ein eigenes Schlafzimmer auf. Pro Person, die in der Wohnung leben sollte, waren ca. 25 Quadratmeter veranschlagt, was eine enorme Steigerung gegenüber jener Zeit bedeutete, da ganze Familien auf weit weniger als 25 Quadratmetern hausen mussten.

Damit aber nicht genug. Die Gemeindebauten folgten einem Gesamtkonzept, das weit mehr berücksichtigte als bloß

schönere, hellere und größere Wohnungen. Die Bauten wurden von der Straße zurückgesetzt gebaut, um den Lärm abzuhalten, der durch Bäume zusätzlich gefiltert wurde. In allen Bauten gab es großzügig angelegte und durchgehend begrünte Höfe, um zusätzliche Ruheoasen zu schaffen. Kinderspielplätze wie in die Bauten integrierte Kindergärten gehörten ebenso zum Konzept wie Hobbyräume für diverse Freizeitaktivitäten, Konsumläden, Arztpraxen, Volksbüchereien und Kaffeehäuser, sodass ein Bewohner des Gemeindebaus praktisch alles, was ihn interessieren mochte, in seiner unmittelbaren Umgebung vorfand. Und die zahlreichen Begegnungstätten förderten ein Gemeinschaftsgefühl, das dazu angetan war, das Leben im Gemeindebau fröhlich und zuversichtlich zu gestalten.

Beim Wohnen blieb das »Rote Wien« freilich nicht stehen. Auch die Sozialpolitik wurde auf neue Beine gestellt. Zunächst setzte die Stadtverwaltung bei den Kindern und Jugendlichen an. So galt es, die hohe Kindersterblichkeit zu senken, was mit der Schaffung entsprechender Versorgungs- und Vorsorgemaßnahmen auch umgesetzt wurde. Die Mütter bekamen kostenlose Wäsche- und Medikamentenpakete, eigene Kinderspitäler wurden errichtet, regelmäßige Untersuchungen und Impfaktionen eingeführt. Kindergärten und Horte sorgten dafür, dass im Bedarfsfall die Kinder von 7 Uhr früh bis 18 Uhr abends betreut wurden, regelmäßiger Schul- und Freizeitsport wurde organisiert, um den Kindern eine Abwechslung zum sitzenden Unterricht zu ermöglichen. Öffentliche Schulausspeisungen behoben die kurz nach dem Krieg chronische Unterernährung vieler Kinder, was zusätzlich Krankheitsrisiken minimierte.

Nicht minder wichtig war die Volksgesundheit. Unterernährung, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten waren im Nachkriegswien weit verbreitet und mussten effizient be-

kämpft werden. Den Sozialdemokraten war schon 1919 mit dem Krankenanstaltengesetz ein wichtiger Schritt gelungen, auf den man in der Folge aufbauen konnte. Armenkrankenpflege, Trinkerfürsorge und verschiedene Beratungsstellen gehörten ebenso zum Gesundheitsprogramm der Stadtverwaltung wie die Propagierung von Sport und Körperpflege. So machte man erfolgreich Werbung für Zahnhygiene, war doch das Zähneputzen zu Beginn des 20. Jahrhunderts bei weitem keine Selbstverständlichkeit, ebenso wenig übrigens wie die Vorsorge- bzw. Kontrolluntersuchung beim Zahnarzt. Man verbesserte die Trinkwasserversorgung und behob konsequent sanitäre Missstände, wie sie vor allem in den Vorstädten immer noch grassierten, da es dort oft weder gepflasterte Wege noch ein Kanalnetz gab.

Schließlich bemühte man sich um ein breites öffentliches Bädernetz, worunter sanitäre Einrichtungen wie Brause- und Duschbäder ebenso zu verstehen waren wie richtige Schwimmbäder, die sich wiederum in Hallen- und Freibäder unterteilten. Insgesamt wurden 21 solcher Bäder errichtet und eröffnet, wobei man auf eine flächendeckende Aufteilung der einzelnen Anstalten Bedacht nahm.

Nicht minder engagiert nahm man schließlich die Reform des Schulwesens in Angriff. Auch hier war wieder das oberste Prinzip, dass es keinerlei gesellschaftliche Schranken geben durfte, sodass auch die Talente der Kinder armer Familien in gleicher Weise gefördert wurden wie die jener Kinder, die aus betuchtem Hause stammten. Und was der älteren Generation durch die Versäumnisse der Monarchie an Bildung vorenthalten worden war, das konnte sie nun in einem breit gestreuten Netz an Volkshochschulen nachholen. Nicht weiter verwunderlich also, dass die Sozialdemokraten in Wien permanent an Zuspruch gewannen. Und ebenso wenig verwunderlich, dass die bürgerlichen Parteien zunehmend nervös wurden.